

## **DIE LINKE. Sachsen**

### **2. Tagung des 14. Landesparteitages**

#### **Den Rechtsruck kontern: Für Freiheit, Gleichheit, Solidarität!**

Beschluss der 2. Tagung des 14. Landesparteitages am 4. November 2017 in Chemnitz

---

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist Ausdruck gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Umbruchprozesse, die zu einem deutlichen Rechtsruck in der gesamten Bundesrepublik geführt haben. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 verfügen die Kräfte rechts der Mitte nunmehr über eine absolute Mehrheit im Bundestag. Besonders gravierend ist das starke Abschneiden der AfD, die als völkisch-nationalistische Partei zu charakterisieren ist, deren Radikalisierungsprozess noch immer nicht abgeschlossen ist. DIE LINKE ist von diesem Wanderungsprozess zur AfD relativ stark betroffen. Gerade in unseren traditionellen Hochburgen, den ostdeutschen Bundesländern, war diese antidemokratische Partei besonders erfolgreich. In Sachsen, wo wir Stimmen in erheblicher Größenordnung verloren haben, ist die AfD zur stärksten Partei geworden.

Diese Entwicklung ist für uns als Partei, deren Ziele und Wertevorstellungen grundsätzlich denen der AfD entgegengesetzt sind, Anlass zu vertiefter Analyse und strategischen Überlegungen und wird ein Schwerpunkt in der Arbeit des Landesvorstandes und des gesamten Landesverbandes in Zusammenarbeit mit entsprechenden Bündnispartnern (Gewerkschaften, Kirchen, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Wissenschaft) sein. Auch wir sind „besorgte Bürger\*innen“. Wir sind besorgt, zutiefst besorgt über das Anwachsen von Nationalismus, Rassismus, Ausgrenzung von Minderheiten, der Normalisierung der sozialen Kälte, der Demontage der Demokratie. Die Agitation der AfD und von Teilen der CDU richtet sich vordergründig gegen die „rot-grün versifften Alt-68er“, so der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen. Gemeint sind letztlich die Werte der Aufklärung und der Französischen Revolution. Wir wissen: Der Rechtsruck kann nur gekontert werden mit dem entschiedenen Kampf für Freiheit, Gleichheit und Solidarität!

#### *Warum Sachsen?*

Weshalb wird in „unserem“ Bundesland dieser Rechtsruck wieder einmal am deutlichsten? Liegt nicht die Arbeitslosenquote in Sachsen spürbar unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer? Ja. Aber: auch Bayern und Baden-Württemberg liegen deutlich unter der Arbeitslosenquote in Westdeutschland und haben zugleich die höchsten AfD-Ergebnisse in diesem Landesteil. Hatte nicht der Freistaat Sachsen bereits 2015 die geringste Verschuldung pro Einwohner von allen Bundesländern, ist diese nicht 2016 mit weitem Abstand nochmals am stärksten gesunken? Ja. Aber auch hier: auf den nachfolgenden Plätzen bei diesen Kennziffern folgen Bayern und Baden-Württemberg. Sozio-ökonomische Faktoren reichen also offensichtlich zur Erklärung des Phänomens nicht aus. Die soziale Frage, die Verheerungen durch den Neoliberalismus, ist nur eine Ursache in einem Ursachenbündel.

#### *Warum Sachsen?*

Woran liegt es, dass in „unserem“ Bundesland die Zustimmung für nationalistische und rassistische Positionen besonders groß ist, die Verachtung der Demokratie um sich greift? Es wäre reichlich spät, sich diese Fragen erst heute zu stellen. Wir als LINKE haben nicht vergessen, dass es in Sachsen bereits in den Nachwendejahren die Etablierung „national befreiter Zonen“ gab, der CDU-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf damals den Dialog mit den Faschisten forderte. Wir erinnern daran, dass in Sachsen 2004 nach 32 Jahren erstmals wieder die NPD in ein Landesparlament einzog und in jedem zweiten Wahlkreis stärker abschnitt als die SPD.

## **DIE LINKE. Sachsen**

### **2. Tagung des 14. Landesparteitages**

Wir erinnern daran, wie die CDU-Staatsregierung nach dem auffliegen der NSU-Terrorzelle reagiert hat. Sie hat es als „Thüringer-Nazi-Trio“ bezeichnet, damit wollten die Verantwortlichen klar machen: damit haben wir Sachsen nichts zu tun.

Und uns ist nur zu bewusst, dass es „unser“ Bundesland Sachsen war, wo vor drei Jahren Pegida als rechte Bewegung auf der Straße entstand. Geantwortet wurde auf diese Herausforderung mit Dialog durch die Staatsregierung. Auch das hat dazu beigetragen, dass sich das Phänomen verstetigen konnte. Nicht zuletzt der „Sachsen-Monitor“ des vergangenen Jahres hat gezeigt, dass Nationalismus, Rassismus, das Verfechten einer Politik der sozialen und gesellschaftlichen Ausgrenzung keine Minderheitenphänomene sind.

Auch in den Jahren seit 2004 wurde kein gesellschaftlicher Konsens für die Zurückdrängung der extremen Rechten gefunden. Haupthindernis dabei war und ist die Staatspartei CDU, die sich den Freistaat zur Beute gemacht hat, die selbst zu zaghaften Schritten gegen diese antidemokratischen Kräfte nur dann bereit war, wenn getreu der Extremismus-Doktrin zugleich gegen links vorgegangen wurde. Längst muss diese CDU als „CSU des Ostens“ charakterisiert werden, längst hat sie sich zum am weitesten rechts stehenden Landesverband der Union entwickelt. Kein wichtiger Posten, der ohne das Parteibuch der CDU besetzt würde: vom Tourismusverband, über den Fußballverband bis zum Verband der Volkshochschulen. Die Demokratie verkommt auf diese Weise zur Karikatur. Es ist nur folgerichtig, dass es sächsische CDU-Parlamentarier waren, die als erste laut über mögliche Bündnisse mit der AfD nachdachten. Und es passt zu dieser Entwicklung, wenn der frischgebackene CDU-Bundestagsabgeordnete Alexander Krauß aktuell dem Magazin „compact“ ein langes Interview gibt. Der Chef dieses Magazins ist immer wieder als Redner bei Pegida aufgetreten und kooperiert mit dem rechten Flügel der AfD.

Wenn die sächsische CDU angesichts dieser Lage ankündigt, noch weiter nach rechts rücken zu wollen, dann zeigt dies nur, dass die Entdemokratisierung der Demokratie noch weiter vorangetrieben werden soll. Nur in einer solchen Atmosphäre können die AfD und andere Rechtsaußenparteien blühen. Wir als LINKE verteidigen die Werte und Prinzipien der Demokratie gegen ihre Feinde weiter, so wie wir das seit Jahrzehnten tun. Erfolg dabei werden wir nur dann haben, wenn wir diesen Kampf nicht nur auf der nationalen Ebene führen. Das, was sich in Deutschland gerade herausbildet, ist in anderen europäischen Ländern bereits ausgereift. Es ist Wirklichkeit in Russland und der Türkei Osteuropa mit dem Autoritarismus Wladimir Putins und Erdogans, dem Klerikalkonservatismus der PiS in Polen, dem Bündnis aus Konservatismus und extremen Rechten in Ungarn und zuletzt mit dem Wahlerfolg der Rechtsparteien in Tschechien. Und es ist Wirklichkeit in Westeuropa, wo in Österreich die FPÖ demnächst Teil der Regierung sein wird, wo in Frankreich Präsident Macron Positionen des Front National übernimmt und zugleich eine Politik des beschleunigten Sozialabbaus betreibt. Aber auch die Präsidentschaft eines Donald Trump in den USA gehört in diese Reihe. Wir als LINKE sehen mit besonderer Sorge, dass in dieser Lage in einigen Ländern die sich als sozialdemokratisch bezeichnenden Parteien sogar zur Zusammenarbeit mit der extremen Rechten bereit sind.

In all diesen Ländern hat die herrschende Politik, die seit Jahrzehnten neoliberal geprägt ist, durch ihre meist erfolgreichen Angriffe auf die Institutionen sozialer Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und des sozialen Zusammenhalts den Nährboden für den Erfolg der Rechten erzeugt. Neoliberale Modernisierung bedeutet für all diejenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln bestreiten können - also die weit überwiegende gesellschaftliche Mehrheit - reale Verschlechterungen ihrer Lebenslage. Ob Rentenklau, Niedriglöhne oder der Abbau von Arbeitnehmerrechten, ob Hartz-IV oder Gewerkschaftsbashing, ob das Anwachsen von Armut bei Älteren oder Kindern - die neoliberale

## **DIE LINKE. Sachsen**

### **2. Tagung des 14. Landesparteitages**

Modernisierung hat viele zu Verlierenden gemacht und für noch mehr den Druck erhöht, dass sie dazu werden könnten. Daraus folgen wirkliche Probleme, reale Sorgen und Ängste.

Wir als LINKE liefern als Antwort darauf nicht die Hassparolen der ‚Wutbürger\*innen‘. Wir stellen dagegen unsere Utopie einer solidarischen Gesellschaft und unsere Vorschläge für ein solidarischeres Hier und Jetzt. Das ist notwendiger denn je.

Zugleich schaffen die Nutznießer der neoliberalen kapitalistischen Globalisierung tägliche neue Fluchtursachen für immer mehr Menschen außerhalb der prosperierenden Weltregionen. Nicht nur durch Kriege und Bürgerkriege, sondern ebenso durch Landraub, Ausbeutung der Rohstoffe, die Nutzung als Müllhalde oder als Markt für Billigprodukte. Millionen von Menschen werden die althergebrachten Lebensgrundlagen entzogen. Sie fliehen aus ihrer Heimat, weil auch die europäischen Großkonzerne deren Wirtschaft zerstören und dabei von den europäischen Regierungen unterstützt werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der Hauptprofiteure dieser Politik gegen die armen Ländern.

Wir als LINKE wissen, dass dies eine Verantwortung mit sich bringt, die weit über die menschenwürdige Aufnahme der Flüchtenden hinausgeht. Das muss eine Selbstverständlichkeit in einem zivilisierten Land sein. Erst Recht in einem Land, das aus seiner Vergangenheit gelernt haben will.

Neben der inhaltlichen Entleerung der Demokratie durch Entstaatlichung und Entpolitisierung und neben dem neoliberalen Angriff auf die sozialen Errungenschaften auf allen Ebenen ist es ein vehement geführter Kulturkampf von rechts, der die dritte Stoßrichtung des Angriffs dieser Kräfte darstellt. Die Jahreszahl 1968 steht in der westlichen Hemisphäre für den größten, in Teilbereichen erfolgreichen Versuch einer Rebellion gegen die herrschenden Verhältnisse. Der Versuch scheiterte im Bereich der Umwälzung der sozialen Beziehungen. Er brachte tiefgreifende Veränderungen im Bereich der Kultur und des Zusammenlebens, brachte im Westen erstmals eine intensive Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, rückte die internationale Solidarität ins Zentrum. Vom tiefsitzenden Schock dieser Niederlage haben sich die Rechtskräfte jahrzehntelang nicht erholt. 1968 blieb als Stachel in ihrem Fleisch. Der Untergang des Abendlandes nahte für sie nicht erst mit der angeblich drohenden Islamisierung, sondern er war bereits in greifbare Nähe gerückt mit Conchita Wurst. Nach dem Weltbild dieser Kräfte haben die Medien diese „Kulturrevolution“ vorangetrieben. Deshalb ist der Angriff auf die Pressefreiheit ein wichtiger Teil ihrer Politik. Sie wollen eine Re-Christianisierung der Politik, deren Ausrichtung an den Vorgaben einer reaktionären Interpretation des Christentums. Für uns als LINKE ist 1968 ein wichtiger Teil unserer Identität. Wir werden uns die Errungenschaften dieser Rebellion nicht nehmen lassen.

Noch sind diese Kräfte nicht, die einen dreifachen Angriff gegen Demokratie, Sozialstaat und liberale Kultur führen, nicht mehrheitsfähig. Auch wenn die sächsischen Zustände befürchten lassen, dass sich dies ändern könnte. Die LINKE setzt dagegen auf eine solidarische, demokratische, kulturell vielfältige und offene Gesellschaft. Wir als LINKE wissen, dass diese Leitideen die einzige realistische Alternative zur sozial desaströsen Politik der vergangenen drei Jahrzehnte ist. Wir wissen, dass wir die konsequente Vertreter\*in der Interessen der arbeitenden Menschen, der Arbeitslosen, der Kinder und Rentner\*innen sein müssen. Wir wissen, dass der ländliche Raum besonders von den sozialen und kulturellen Verwerfungen der letzten Jahrzehnte betroffen ist. Wir als LINKE nehmen die Herausforderung an, auch außerhalb der Großstädte wieder Bedingungen zu schaffen, die das Leben dort lebenswert machen und den Menschen eine Zukunfts- und Bleibeperspektive für sich, für ihre Kinder und Enkelkinder gibt..

Auch auf diesem Bereich werden wir als LINKE. Sachsen in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt setzen. Nicht zuletzt steht die LINKE konsequent an der Seite aller von Diskriminierung betroffenen gesellschaftlichen Gruppen.

## **DIE LINKE. Sachsen**

### **2. Tagung des 14. Landesparteitages**

Wir wissen, dass es dazu eines langen Atems bedarf. Und wir sind realistisch genug zu der Erkenntnis, dass wir die Probleme nicht alleine bewältigen können. Notwendig ist die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften auf Augenhöhe und ohne Führungsanspruch, sondern partnerschaftlich und solidarisch. Unverzichtbar ist es, uns selbst, als Partei und als Mitglieder, in die außerparlamentarischen Kämpfe nach Kräften einzubringen. Die Demokratisierung der sächsischen Demokratie wird nur gelingen, wenn der außerparlamentarische Druck dafür stark genug ist. Eine solidarische Gesellschaft können wir nur erkämpfen, wenn wir die Interessen aller Unterdrückten verbinden können. Sachsen wird nur dann eine weltoffene Gesellschaft werden, wenn dies eine Mehrheit der Menschen in Stadt und Land auch will.

DIE LINKE. Sachsen steht für:

- die konsequente Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen - egal welcher Herkunft - gegen Sozialabbau, für höhere Löhne und gestärkte Arbeitnehmer\*innenrechte. Was wir wollen ist eine Sozialstaatsgarantie um den Menschen die Angst vor dem sozialen Abstieg zu nehmen.
- ein konsequentes ‚Weiter so!‘ als Partei der Flüchtlingshelfer\*innen und der Offenheit für hierher flüchtende Menschen, weil wir unsere Solidarität nicht vom Geburtsort abhängig machen
- den konsequenten Einsatz gegen Diskriminierung gesellschaftlicher Gruppen und einem mehr an Demokratischen Mitbestimmungsrechten und Beteiligungsmöglichkeiten.

#### **Entscheidung des Parteitages**

angenommen:

**X**

abgelehnt:

überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_